

Grundsatzprogramm:

# Für eine sozial-ökologische Demokratie

Umweltexperte Prof. Dr. Holger Rogall zum Ökologieteil des Entwurfs

**Der vorgelegte Entwurf zum SPD-Grundsatzprogramm stellt eine diskussionswürdige Weiterentwicklung des Berliner Programms dar. So werden die neuen Risiken des Globalisierungsprozesses beim Namen genannt. Andere Teile weisen erstaunliche Inkonsistenzen auf, die in der weiteren Beratung beseitigt werden sollten.**

Schon die Überschrift zeigt, worum es beim neuen Grundsatzprogramm geht: Das alte Ziel eines anderen Gesellschaftsmodells, bislang "demokratischer Sozialismus" genannt, wurde zugunsten einer Präzisierung des Verfassungsziels einer "sozialen Demokratie" aufgegeben. Ob das dem Anliegen der Sozialdemokratie mehr nutzt als schadet, wird zu diskutieren sein. Es ist zumindest ehrlich - in der Öffentlichkeit wurde das Ziel des demokratischen Sozialismus schon seit Jahren nicht mehr benannt.

## GUTE ANALYSE

Wie sich das für eine analytische Partei gehört, beginnt das Programm mit einer Skizze über "Die Zeit in der wir leben" (Kap. 1, S. 2). Gemäß ihrer gemäßigt gesellschaftskritischen Tradition der letzten Jahrzehnte befürwortet der Entwurf die Globalisierung, zeigt aber auch ihre negativen Kehrseiten und fordert: "Der globalisierte Kapitalismus darf jedoch nicht sich selbst überlassen werden. Er lässt alte Ungerechtigkeiten bestehen und schafft darüber hinaus neue Bedrohungen für Freiheit und Gerechtigkeit, Gesundheit und Leben."

Auch die sozial-ökologischen Folgen der Übernutzung natürlicher Ressourcen werden thematisiert: „Die Lebensbedürfnisse von sechs Milliarden Menschen, (...) drohen die ökologische Belastbarkeit der Erde deutlich zu überschreiten. (...) Menschen aus Regionen, in denen ökologische Bedingungen zu Hunger führen, wandern in weniger gefährdete Teile der Welt. Der Schutz des Klimas und die friedliche Lösung der heraufziehenden Konflikte um knappe Ressourcen und Rohstoffe zählen zu den zentralen Herausforderungen im 21. Jahrhundert." (S. 2).

Programmentwürfe werden arbeitsteilig geschrieben, das merkt man dem Text leider überdeutlich an. Zwar haben die Autoren des zweiten Kapitels ("Die Grundwerte der Sozialen Demokratie") das Leitbild der "nachhaltigen Entwicklung" aufgenommen, wenn aber wie zitiert der Klima- und Ressourcenschutz zu den zentralen Herausforderungen erklärt wird, erwartet jeder Leser, dass die Sozialdemokratie eine sozial-



Prof. Dr. Holger Rogall.

Foto: privat

ökologische Demokratie zum Leitziel erklärt. Das sollte dringend nachgebessert werden.

Erstaunlich - und ebenso dringend änderungsbedürftig - die Formulierungen im dritten Kapitel ("Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert") zu den "vier großen Aufgaben" des 21. Jahrhunderts" (S. 5). Hier ist Klima- und Ressourcenschutz plötzlich keine Aufgabe mehr (!?). Stattdessen findet sich die Aufgabe einer "Politik der neuen Wertschöpfung" die "die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen" ermöglichen soll (S. 5/6). Damit ist wohl gemeint, dass künftig einzelne Sektoren der Volkswirtschaft weiter kräftig wachsen sollen (z.B. Erneuerbaren Energien, Wärmeschutzhandwerk, öffentlicher Nahverkehr, Recyclingwirtschaft), während andere schrumpfen sollen (z.B. Luftfahrt, ineffiziente Kraftfahrzeuge, Kohle- und Atomkraftwerksbranche). Das ist der richtige Ansatz der "ökologischen Industriepolitik" wie Sigmar Gabriel das nennt, nur warum wird statt "neu" nicht ein Begriff verwendet, der das auch ausdrückt, z.B. "selektives Wachstum" (Erhard Eppler 1981)?

## UNSERE ZIELE

Stärken und Schwächen des Programm-entwurfs setzen sich im vierten Kapitel ("Unsere Ziele unsere Politik") fort. Das Unterkapitel zur sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik heißt "Neue Wertschöpfung und gute Arbeit" (Kap. 4.5). Die drei Hauptziele: (1) "möglichst hoher Wohlstand", (2) Jeder "soll die Möglichkeit erhalten, den eigenen Lebensunterhalt durch Arbeit zu erwirtschaften", (3) Nachhaltige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Der letzte Punkt wird alle freuen, die schon immer wirtschaftliche Entwicklung ohne Umweltschutz als nicht zukunftsfähig angesehen haben. Der dazu gehörige Abschnitt "Eine strategische und ökologische Industriepolitik" (S. 15) bleibt aber seltsam blut-

leer. Verblüffend auch die explizite Formulierung "in Partnerschaft mit der Wirtschaft". Wenn schon Bündnispartner einer ökologischen Industriepolitik benannt werden sollen, hätten im Zeitalter der fehlgeschlagenen Selbstverpflichtungen (z.B. CO<sub>2</sub>-Minderungszusage der Autoindustrie oder beim Bau von Solaranlagen durch die Berliner Wirtschaft) viele Leser zumindest wichtige Partner wie die Gewerkschaften und Umweltverbände benannt.

## NACHHALTIGER FORTSCHRITT

Leider haben die Autoren im Entwurf (S. 22) die Definition der sog. schwachen Nachhaltigkeit verwendet. Bei einer starken nachhaltigen Entwicklung - um die es Sozialdemokraten wohl gehen sollte - geht es darum zu akzeptieren, dass die Natur Grenzen setzt, die der Mensch nicht überschreiten darf, "denn die natürlichen Lebensgrundlagen begrenzen die Umsetzungsmöglichkeiten anderer Ziele (Umwelt als limitierender Faktor). So ist die Erhaltung der Ozonschicht als Voraussetzung des Lebens nicht verhandelbar." (BMU: Entwurf eines umweltpolitischen Schwerpunktprogramms 1998). Die verantwortliche Ministerin hieß damals übrigens Merkel, will die SPD hinter ihr tatsächlich zurückfallen?

Erfreulich die klare Aussage zum Klimaschutz: "Der Klimawandel gehört zu den größten globalen Gefahren. Das weltweite Wachstum des Energiebedarfs und die Zunahme des Naturverbrauchs machen rasches Umsteuern erforderlich." (S. 22) Leider findet sich aber kein einziges Instrument wie verhindert werden kann, dass die Entwicklungen die "zur globalen Umweltkrise geführt haben, die den Fortbestand der Zivilisation gefährdet" (S. 22) umgekehrt werden können.

Der interessierte Leser fragt sich, wie es kommt, dass die Menschheit immer dann wenn ihre Kultur durch kriegerische Konflikte gefährdet ist, zu Höchstleistungen und Opfern bereit ist, bei der Klimaerwärmung aber wegschaut. Das Argument "das ist uns zu teuer" hat zum Glück im 2. Weltkrieg kein führender Politiker der Alliierten benutzt. Warum erkennt die Menschheit eigentlich nicht, dass die Überflutung vieler Küstenländer und Inseln, die Zunahme lebensbedrohlicher Krankheiten und Hitzeperioden aufgrund eines ungezügelter Energieverbrauchs gleichfalls eine Barbarei darstellt? Bei aller Kritik am Entwurf, schließen wir uns dem Aufruf an: "Unser Ziel ist das solare Zeitalter" (S. 22). □